

[20.02.2010]

Schulinfrastruktur: »Keine Alternative zum PPP-Projekt vorhanden«

PPP-Projekt »könnte schon 2013 abgeschlossen sein«

»Um die Bildung zu verbessern, spielt auch die Infrastrukturpolitik eine wichtige Rolle«, erklärte Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) während des Pressegesprächs der DG-Regierung. Er wies darauf hin, dass das PPP-Projekt im Schulprogramm einen bedeutenden Platz einnehme, aber bei weitem nicht das einzige Projekt sei. Paasch fasste die Punkte, die aus Sicht der Regierung für das PPP-Projekt sprechen, zusammen:

Es handle sich um eine dringende und zwingende Maßnahme.

Es gebe keine Alternative zum PPP-Projekt - dies vor allem vor den logistischen Hintergründen. Es fehle einfach an Personal und Knowhow, um das große Projekt ohne kompetente Partner aus dem Privatsektor umsetzen zu können.

Das Projekt sei durchaus finanzierbar und als Investition in die nächsten Generationen zu verstehen.

Wenn nicht jetzt investiert werde, entstünden schon bald gewaltige Sicherheitsprobleme. Demnach müssten in Kürze so oder so Maßnahmen in Angriff genommen werden, um zumindest der Baugefährdung der Gebäude entgegen zu wirken. Es würde demnach Geld in Infrastrukturen fließen, die bereits in bis zu zehn Jahren abgerissen werden müssten. »Das ist Verschwendung öffentlicher Gelder«, urteilte Paasch. Pädagogische und finanzielle Gründe sprächen demnach für die Umsetzung des PPP-Projektes, das nach dem grünen Licht aus dem Parlament (Entscheidung fällt am 15. Mai) bereits im Juni in Auftrag gegeben werden könnte. Nur 36 Monate später sollte die Bauzeit bereits beendet sein, skizzierte Paasch den Zeitplan.

Der Unterrichtsminister ging auch auf den Standortwechsel der Förderschule Elsenborn nach Bütgenbach ein (das Grenz-Echo berichtete in der Ausgabe vom 11. Februar 2010, Seite 15). Paasch bekräftigte abermals, dass Bütgenbach seiner Meinung nach ein guter Standort für die Förderschule sei. Dennoch unterstrich er, dass die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen sei. Erst Ende März oder Mitte April sei mit einem Endresultat der Konsultationen zu rechnen. Momentan würden die Gespräche noch laufen, der Prozess sei daher noch nicht abgeschlossen.



Die Verbesserung der Bildung sei auch stark mit dem Zustand der schulischen Infrastruktur verbunden, meinte Unterrichtsminister Oliver Paasch.

Paasch unterstrich außerdem, dass die finanzielle Unterstützung der DG bei Schulbauten bis zu 80% einnehmen könne - was bei weitem mehr als in den anderen Gemeinschaften sei.

(nawi)